



44. Sitzung der Gemeindevertretung – 2.2.2021 – TOP 18-20

Haushaltsrede der SPD 2021

Nein, die Situation ist noch nicht wieder normal. Auch wenn manches so anmutet. Denn immerhin tagen wir zum Haushalt wieder in einer „richtigen“ Sitzung, nach nur virtueller Behandlung und Umlaufbeschluss im Vorjahr. Wir haben auch wieder unseren gewohnten Rhythmus mit Einbringung in der Dezembersitzung und Abstimmung Anfang Februar.

Aber die Pandemie hat uns nach wie vor fest im Griff. Sie hat Auswirkungen auf die Art, wie wir tagen, auf die Stimmung aller Beteiligten und natürlich auch auf unsere Finanzen. So deutlich spüren wir das noch nicht, viele Einnahmepositionen sind noch geschätzt. Aber wir wissen, dass sich sowohl Gewerbesteuer- als auch Einkommensteueraufkommen landesweit kritisch entwickeln. Dazu kommt, dass wir erneut eine erhebliche Summe von gut 240.000 Euro in die 2020 vom Land eingeführte hessische „Heimatumlage“ abgeben müssen. Nur ein Teil davon fließt als Zuschuss zu den Kinderbetreuungskosten wieder zurück (und wird dabei als Landeswohltat verkauft.).

Unsere lokale Gewerbestruktur ist immerhin weniger betroffen als anderswo, ja wir haben sogar unerwartet höhere Einnahmen. Dennoch ist die Sorge groß, dass unsere finanziellen Spielräume gefährdet sind. Jetzt wird mancher sagen: „welche finanziellen Spielräume? Ihr habt doch ein Defizit!“ Das ist schon richtig. Wir halten aber den Weg der Gemeinde, unsere Infrastruktur zu erhalten und die Weiterentwicklung zu gestalten für sinnvoll. Wir nutzen dafür unsere Rücklagen. Das war in den letzten Jahren oft gar nicht nötig. Erst 2019 mussten wir wieder darauf zurückgreifen. Die Gesamtlage ermöglicht uns auch, die Steuersätze unverändert zu lassen. Wir bleiben damit am unteren Rand der Bandbreite der Steuersätze, die in hessischen Kommunen und auch im Kreis abgebildet wird.

Aber nicht nur „Spielräume“ stecken für die SPD den Rahmen. Es gibt aus unserer Sicht Aufgaben, die höheren Einsatz fordern.

Da wäre zum einen die **Kinderbetreuung**.

Dringend notwendig ist der Bau einer großen Kita in Hähnlein. Allen bekannt ist, dass die SPD einen Erweiterungsbau in der Spießgasse forderte, unter Hinzunahme von Gelände aus dem neuen Baugebiet. Leider hielt die Mehrheit viel zu lange an dem Plan fest, auf dem Schulgelände neu zu bauen. Auch als schon absehbar war, dass nur eine für alle unbefriedigende Umsetzung möglich war und dass auch höhere Kosten als erwartet auf uns zukommen würden. Nun steht ein Neubau auf der (im wahrsten Sinn des Wortes) „grünen Wiese“ an. Da die Entscheidung für den Standort gefallen ist, wollen wir, dass dort auch etwas Gutes entsteht.

Aus Sicht der SPD muss ein solches zentrales Infrastrukturprojekt im Eigentum der Gemeinde stehen. Und bevor viel Geld für Planung einer „privat-öffentlichen Partnerschaft“ ausgegeben wird (100.000 Euro nur für die Vorbereitung der Entscheidung!?), muss der Gemeindevorstand (GVO) uns vorlegen, welche Vor- und Nachteile es seiner Ansicht nach für die Varianten der Umsetzung gibt. Die Beigeordneten sollten sich diese Gedanken ja schon gemacht haben, sonst wäre der Haushalt nicht so aufgestellt worden. Wir kennen sie bislang nur noch nicht. Es bedarf also einer deutlich



SPD-Fraktion Alsbach-Hähnlein

ausführlicheren Begründung für den eingeschlagenen Weg, bevor wir dafür so hohe Summen freigeben. Und der Blick auf alle Alternativen ermöglicht sicher auch Horzonterweiterung, zum Beispiel die Möglichkeiten der Beauftragung eines Generalunternehmers oder einer Funktionalausschreibung („Design-Built“) ins Auge zu fassen.

Aber ein Weg in die Gemeinde-eigene Umsetzung sieht beim Blick in das Tabellenwerk Haushalt ganz schön versperrt aus. Sind doch leider keinerlei Investitionskosten für dieses oder das nächste Jahr eingestellt. Wäre das Vorhaben noch so offen, wie der Bürgermeister in der letzten Ausschusssitzung behauptet hat, dann müssten wenigstens vorsorgliche Investitionskosten eingestellt sein. In der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Sozialausschusses (HFS) wurde das übrigens von CDU und Freien Wählern abgelehnt.

Warum wir die Kita in kommunaler Hand behalten wollen? Wir gestalten sie. Wir nutzen sie. Wir wollen auch Umgestaltungen selbst verantworten können. Es sind „Ü-3“- und „U-3“- Gruppen vorgesehen. Die Zahl der zu betreuenden Kinder wird dabei variieren, da ist Flexibilität gefragt.

Für uns ist das ein Schlüsselmoment in der gesamten Haushaltsberatung. Wir sind bereit für kleine gemeinsame Nenner, z.B. für einen Sperrvermerk für die Investitionspositionen. Sollte aber die Möglichkeit eines selbstverantworteten Kita-Baus gar nicht gegeben werden, dann ist es für uns nicht möglich, diesem Haushalt zuzustimmen.

In diesem Jahr haben die IUHAS wieder einen Antrag auf Einrichtung eines Waldkindergartens gestellt. Solche Betreuungsgruppen, organisatorisch angedockt an eine bestehende Einrichtung, haben großen Charme und wir können uns vorstellen, dass sie zukünftig auch zum Angebot der Gemeinde gehören. Aber zum jetzigen Zeitpunkt sollten wir auf einen kleineren gemeinsamen Nenner kommen. Die Gemeinde hat ein Bündel von Aufgaben rund um die Kitas. Ganz abgesehen von der Krisenbewältigung, die den Beschäftigten des Bereichs viel abverlangt. Die neue Kita muss geplant werden, ggf. auch Übergangs- oder Zusatzlösungen für U-3-Betreuung, damit der Anspruch der Familien auf einen Betreuungsplatz auch eingelöst werden kann. Die derzeitige Abdeckung von nur knapp 37% im U-3-Bereich ist nicht akzeptabel. Deshalb stehen wir voll hinter dem von allen Fraktionen im HFS abgestimmten Kompromiss, mit einem Bauwagen oder Ähnlichem eine zusätzliche Anlaufstelle für Kita-Gruppen zu schaffen. Der Bildungsauftrag Wald und Natur wird damit unterstützt, stärker als bei bisherigen „Waldtagen“, die in der Regel eben nicht ganze Tage waren.

Kinderbetreuung ist natürlich mehr als ein Haus. Qualifizierte, motivierte Fachkräfte sind nötig, um den umfassenden Bildungsauftrag umzusetzen. Das ist schon seit vielen Jahren ein gewaltiges Handlungsfeld, da Fachkräfte überall gebraucht werden und eine harte Konkurrenz der Einrichtungen besteht. Und schon öfter haben wir zusätzliche Stellen gefordert, um auch vor dem Hintergrund der hohen Fluktuation besser gewappnet zu sein. Leider immer vergeblich. Jetzt hat der GVO zusätzliche Stellen für nicht-voll-qualifizierte Kräfte bereitgestellt. Diese seien „so gut und bei den Eltern so beliebt“ (so der Bürgermeister). Gar nichts dagegen, Zusatzkräfte einzustellen. Auch auf den von uns geforderten Stellen wäre das immer möglich gewesen. Nur kann man leider umgekehrt nie eine Erzieherin oder einen Erzieher auf einer solchen niedrig-tarifierten Stelle unterbringen. Wenn jetzt z.B. eine Integrationskraft, die immer nur befristet eingestellt werden kann, gern bleiben und die



SPD-Fraktion Alsbach-Hähnlein

Gemeinde diese Person auch gern halten möchte, leider aber gerade alle Soll-Stellen besetzt sind – dann muss man diese Person ziehen lassen. Das ist tatsächlich in der Vergangenheit schon mehrfach passiert, sowohl bei der Kirche als auch der Kommune. Hier wünschen wir uns schon lange sogenannte „Pufferstellen“ (für die kirchlichen Einrichtungen finanzielle Mittel). Und wenn keine Fachkräfte in Sicht sind, eigene Stellen sogar frei, ja, dann können darauf auch nicht-qualifizierte Kräfte eingestellt werden (in den Grenzen des 15%-Rahmens, den das HKJGB setzt). Warum nur konnten wir bisher CDU und FW davon nicht überzeugen? Eingewandt wurde, dass die neuen Stellen mit hohen Kosten unterlegt werden müssten. Ja, das vergrößert unser Defizit. Aber der GVO nutzt das selbstverständlich nur in verantwortungsvoller Weise. Die veranschlagte Summe von 55.000 Euro pro Stelle ist jedenfalls nicht nötig, da eine Besetzung frühestens durch den neuen GVO im Mai möglich wäre. Es geht also höchstens um 33.000 € (60 % der veranschlagten Summe) für den Etat 2021. Im Augenblick jedenfalls ist unser Stellenplan mit seinen freien Stellen ein Stellen-Spar-Plan. Unser Antrag erweitert den Handlungsrahmen, nichts mehr.

Wir haben außerdem den Antrag gestellt, selbst ausbilden zu können. Seit kurzem gibt es nicht nur die vollschulische Ausbildung, sondern auch eine „duale“ Variante, die Praxis-integrierte vergütete Ausbildung (PivA). Hierfür bedarf es einer Azubi-Stelle, eines Konzepts für die Umsetzung, Kommunikation mit den Schulen in Darmstadt, Dieburg und Weinheim sowie Öffentlichkeitsarbeit dafür. Der Bürgermeister hat im HFS ausgeführt, es gebe eine Azubi-Stelle im allgemeinen Stellenplan, die man nutzen könne. Für die SPD allerdings sind damit alle anderen Aufgaben nicht erledigt, weshalb wir einen Antrag dazu stellen. Gern kann die vorhandene Azubi-Stelle dafür verwendet und im Stellenplan als Option für PivA ausgewiesen werden.

Kinder sind auch unter einem anderen Aspekt seit 2017 in unserem besonderen Fokus: auf den **Spielplätzen**. Aus einer gezielten Ortsbegehung mit Dokumentation haben wir Handlungsansätze erarbeitet und in der Folge mehrfach Anträge gestellt. Meist mussten wir viel Mühe aufwenden, um für zusätzliche Mittel Mehrheiten zu erhalten. Eine Vervierfachung des zunächst geplanten Investitionspostens im Haushalt 2018 wurde in der GVE noch einstimmig mitgetragen, 2019 war es schon wieder schwieriger. Die CDU hielt damals im HFS eine Erhöhung um 10.000 auf 25.000 Euro für nicht tragbar. Dabei war das in unseren Augen schon eine bescheidene Summe, sahen wir doch viel zu tun. Beim Gesamthaushalt konnten wir dann überzeugen und die Summe stand zur Verfügung. Jetzt ist das alles kein Problem mehr und auch die konservative Mehrheit akzeptiert die Summe der vom GVO eingestellten 50.000 Euro klaglos. Das können wir nur sehr begrüßen!

Ebenso freut uns, dass alle Fraktionen die Errichtung eines Sonnensegels zur Beschattung auf dem Spielgelände der Kita Kleine Schelme gutheißen. Als die SPD vor nicht langer Zeit eine solche Beschattung für den Spielplatz Am Holzlachgraben forderten, wurden wie quasi ausgelacht. Ist doch schön, wenn wir wenigstens im Zeitverlauf überzeugen.

Überzeugung ist uns auch gelungen beim Antrag zur **Vereinsförderung**. Das Corona-Virus hat nicht nur das Gesundheitssystem, die Wirtschaft, die Schulen und Menschen in ihren vielfältigen Lebensumständen getroffen, sondern auch die Vereine. Dort wird wesentliche gesellschaftliche Arbeit geleistet – ehrenamtliche Jugend-, Sozial- und Integrationsarbeit. Die Einschränkungen sind damit wirklich erheblich für unsere Gemeinschaft vor Ort. SPD-Fraktionsmitglieder sind in etlichen



SPD-Fraktion Alsbach-Hähnlein

Vereinen des Ortes stark verankert. Wir wissen, mit welchen Schwierigkeiten gekämpft werden muss und wie die Handlungsfähigkeit der Vereine eingeschränkt wird. Ob es nun die Zahlung laufender Kosten für die Vereinsimmobilie ist, oder die Anschaffung von Material und Gerätschaften, ohne die der Vereinszweck nicht mehr umgesetzt werden kann. Vereine, die hier größeren Aufwand betreiben, kümmern sich sonst um Sondereinnahmen durch Veranstaltungen, die seit letztem Jahr nicht mehr stattfinden können. Es häufen sich Zeitungsbeiträge, die die Vereinsnöte aufgreifen. Das Argument gegen einen solchen Hilfsfond lautet: ist ja noch kein Verein gekommen. Wenn das so bleibt- alles prima. Wenn aber die nächsten Wochen immer mehr Schwierigkeiten bereiten, dann ist es gut, wenn dafür Mittel da sind. Schon beim ersten Antrag im Dezember haben wir signalisiert, dass man mit uns reden kann über Summe und Rahmenbedingungen einer solchen Coronahilfe. Da es zunächst keine Bereitschaft dazu gab, haben wir den Antrag zurückgezogen und Gespräche geführt. In der HFS-Sitzung konnte ein Kompromiss mit einer Summe von 50.000 Euro gefunden werden. Der neue GVO wird aufgefordert sein, dafür einen Kriterien-Rahmen zu stecken. Gut, dass wir den Vereinen im Ort Sicherheit geben können!

Nichts mit Corona, sondern mit ganz allgemeinen Belastungen hat unser Antrag der zusätzlichen Rasenpflegepauschale für den Hähnleiner Fußballverein zu tun. Und ein bisschen auch mit unserer Idee, in Zukunft zu gucken, ob unsere über viele Jahre unverändert laufende Vereinsförderung auch den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Der FSKV Hähnlein hat drei Rasenspielfelder und einen allgemein zugänglichen Bolzplatz. Dafür erhält er eine Rasenpflegepauschale, die der des FC Alsbachs entspricht. Dort gibt es *ein* Rasenspielfeld. Der FCA wiederum erhält eine zusätzliche Kunstrasen-Pflegepauschale. Wir halten es für angemessen, die Rasenpflegepauschale für den FSKV zu erhöhen. Dafür konnten wir keine Mehrheit gewinnen. Den gerechten Zuschnitt unserer kommunalen Förderung werden wir weiterhin auf unserer Agenda behalten und dazu mit den Vereinen ins Gespräch gehen.

Vereine sind auch wesentlicher Träger der örtlichen Jugendarbeit. Sie sind unser 2. Standbein neben der Jugendförderung. Hier nur am Rande bemerkt, weil es bei der Aufstellung des Haushalts keine Rolle mehr spielte: die seit Sommer 2020 freie Stelle in der Jugendförderung wird vorläufig nicht besetzt, obwohl die gesellschaftlichen Gesamtumstände eher eine intensivere Jugendarbeit erforderlich machen. Dem Teilhaushalt haben aber alle wie immer zugestimmt. Für uns widersprüchlich. Wir wollten den GVO zu einer zügigen Besetzung verpflichten, konnten uns damit aber leider nicht gegen CDU und FW durchsetzen. Auch hier leider wieder ein Stellen-Spar-Plan.

Sowohl in den Vereinen als auch in den beiden Jugendzentren sind die Jugendlichen in die Prozesse einbezogen und können echte Teilhabe gestalten, in der Kommunalpolitik haben sie allerdings keine Stimme. Das wollten wir schon vor einiger Zeit ändern, haben uns in der Gemeindevertretung (GVE) darauf geeinigt, mit einem kleinen Schulprojekt zu starten. In Sitzungen und bei Schulterminen wurde der Kontakt zur Gremienarbeit hergestellt. Die SPD hat das immer nur als Einstieg gesehen. Leider war der Faden gleich wieder abgerissen, als die Bürgermeisterwahl anstand und Corona hat jeden Gedanken an das Wiederaufgreifen verhindert. Es ist uns wichtig, Jugendlichen mehr demokratische Teilhabe zu geben. Dabei geht es aber zunächst mal darum, sie schon bei der Frage der Gestaltung zu beteiligen. Der Antrag der CDU ist deshalb viel zu kurz gegriffen. Warum soll der GVO „die Einrichtung



SPD-Fraktion Alsbach-Hähnlein

einer gewählten Kinder- und Jugendvertretung prüfen“? Warum fragen wir nicht die Kinder und Jugendlichen, wie *sie* sich Beteiligung vorstellen? Natürlich bräuchte es dazu Unterstützung einer gut ausgestatteten Jugendförderung und auch finanzielle Mittel. Aber aus unserer Sicht kein unverhältnismäßiger Aufwand. Und die Schulen und Vereine tragen sicher gern bei, die Jugendlichen anzusprechen und zur Beteiligung anzuregen. Denkbar wäre auch externe Begleitung. Zumindest diskutieren sollten wir in der Gemeinde einmal, ob nicht Programme zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, wie von UNICEF Deutschland (Initiative kinderfreundliche Kommunen), uns hier weiterhelfen können. Damit eine Beteiligung der Jugend auch Hand und Fuß hat und nicht nur ein kommunalpolitisches Feigenblatt darstellt. Dem Antrag der CDU stimmen wir nur zu, weil es einen ersten Einstieg bedeuten kann und damit auch ein erstes Signal nach außen geht.

Die medizinische Versorgung in unserer Gemeinde ist auf einem guten Weg. Nach wie vor bedauert die SPD sehr, dass der Weg über die Genossenschaft ÄGIVO nicht kommunal unterstützt werden konnte. Wir hatten Vertrauen in deren Innovationskraft. Nun ist ein Arztsitz aus unserem Ort private MVZ-Praxis (MVZ=Medizinisches Versorgungszentrum), verbunden mit einem MVZ in Zwingenberg. An der Stelle kann ich nur betonen, dass hier durch privaten hohen Einsatz sowohl die hausärztliche Versorgung gesichert wurde als auch ein Apothekenangebot erhalten blieb. Die Gemeinde hat aus unserer Sicht gekniffen. Uns ist nun wichtig, dass wir den weiteren Hähnleiner Arztsitz sicher im Ort halten. Die GVE entschied deshalb 2019, beim Kreis die Aufnahme in die MVZ GmbH zu beantragen. Aus dem Kreis kam nun das Signal, dass das beantragte kreiseigene Alsbach-Hähnlein-MVZ nach verkürztem Gremienlauf in den Kreistag eingebracht wird. Dieser entscheidet in der nächsten Woche, ob er es als notwendig ansieht, hier unterstützend aktiv zu werden.

Ein großes Handlungsfeld und deshalb auch mit finanziellem Aufwand verbunden, ist die **Digitalisierung** der Verwaltung und der kommunalen Infrastruktur. Im letzten Jahr lag der Schwerpunkt auf der Sicherung der Arbeitsfähigkeit im Rathaus, im Zusammenhang mit der Pandemie. In diesem Jahr muss das Augenmerk wieder auf die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes gelegt werden. Das Gesetz verpflichtet die Rathäuser, ihre Dienstleistungen online anzubieten. Und das bedeutet nicht, dazu auf der Webseite Informationen zu veröffentlichen. Digitaler Zugang zur Verwaltungsdienstleistung – ein digitales Rathaus - ist weitaus aufwändiger und muss mit den analogen Dienstleistungen ein gutes Gesamtpaket für die Bürgerinnen und Bürger bieten. Es kann da auch nicht nur um Pflichtleistungen gehen. Genauso muss der GVO sich auch mit der Frage von Bürger:innen-Beteiligungstools auseinandersetzen. Die vom GVO eingestellten 15.000 Euro genügten unserer Ansicht nach nicht und wir haben zusätzliche Mittel in Höhe von 20.000 Euro gefordert. In der HFS-Sitzung einigten wir uns auf einen Kompromiss in Höhe von zusätzlichen 10.000 Euro.

Der **öffentliche Nahverkehr** ist ein Thema, das für den kommunalen Haushalt in der Regel nicht viel Raum bietet. Denn der funktioniert nur im Zusammenspiel aller Kommunen und Landkreise. Allerdings steht immer noch die Idee einer Bezuschussung der innerörtlichen Busnutzung im Raum. Die DADINA sah zwar keine Möglichkeit, das konkret als „Wabe“ im Verkehrsverbund abzubilden. Nun haben die IUHAS den Plan dennoch erneut aufgebracht. Mit Sperrvermerk tragen wir das mit. Allerdings hofft die SPD eher auf die Umsetzung eines anderen Plans zur Stärkung des regionalen



SPD-Fraktion Alsbach-Hähnlein

ÖPNV gegenüber dem Auto: da ist auch 1 Euro im Spiel. Nämlich für den täglichen Aufwand für ein 365-Euro-Jahresticket.

Die FW wollen den Nahverkehr in Richtung Westen wieder aufgreifen. Wir denken, es lohnt sich, auch in diese Richtung zu prüfen, obwohl nur sehr wenig Bedarfsmeldungen dazu an uns herangetragen werden. Auch diese Mittel sind mit Sperrvermerk versehen, um der neuen GVE alle Entscheidungsfreiheiten zu lassen.

Ein Handlungsfeld von großem Gewicht ist **bezahlbares Wohnen**. Es kann aus dem Haushalt nicht so richtig gut herausgelesen werden. Zum einen sollen Sozialwohnungen im neuen Baugebiet in Hähnlein entstehen. Die gesamte Entwicklung des Baugebiets Nördl. Spießgasse läuft über das Treuhandkonto und ist damit für uns im Augenblick eine Art Blackbox. Für die neue GVE erwarten wir einen transparenten Stand der Umsetzungsplanung.

Beim sehr überraschenden Vorstoß des GVO für ein neues Baugebiet im jetzigen Außenbereich südlich der L3112 wurde betont, dass es ja vor allem um die Schaffung „bezahlbaren Wohnraums“ gehe. Die SPD hat das Vorgehen dennoch heftig kritisiert. Nicht wegen der durchaus berechtigten Frage, ob wir weitere Areale entwickeln. Wohl aber wegen der operativen Hektik, die plötzlich ausgelöst wurde. Seitdem wir uns für eine Mitwirkung im Landesprogramm Großer Frankfurter Bogen entschieden haben (im Januar 2020, einstimmig in der GVE), hörten wir nichts mehr. Nichts von Kontaktaufnahme mit dem Land, wie wir hier weiter vorgehen, nichts von ausgearbeiteten Rahmenbedingungen für eine Baugebieterschließung, nichts von Vorstellungen des GVO, welche Größenordnung im Blick ist. Wir hören jetzt sehr oft von den Menschen, mit denen wir sprechen, dass der dörfliche Charakter unserer Ortsteile nicht verloren gehen dürfe. Die Menschen sorgen sich, dass Zuzug vor allen anderen Fragestellungen steht. In der Dezembersitzung der GVE ist genau das passiert, was der Große Frankfurter Bogen eigentlich gerade nicht wollte: Erschließung ohne Beteiligung auf den Weg bringen. Das ist aus unserer Sicht wirklich fatal, denn wir werden noch Wohnraum brauchen. Auch Sozialwohnungen, nicht nur „bezahlbaren Wohnraum“.

In jedem Fall muss eine vernünftige Begleitung bei dieser Entwicklung sichergestellt sein. Deshalb haben wir einen Antrag zur Ortsentwicklung mit Konzept gestellt. Wir gehen davon aus, dass die Position von insgesamt 50.000 Euro rein vorsorglich ist. Denn die Begleitung soll ja vor allem mit Landesmitteln gestemmt werden. Dann müssen wir nur einen Eigenbeitrag leisten. Die im Haushaltsvorbericht dargestellten Daten, z.B. zur Bevölkerungsentwicklung Alsbach-Hähnleins, sowie die vielen Datenwerke des Kreises zeigen jedenfalls, was man sich alles anschauen muss. Und machen erkennbar, dass wir zügig mehr Transparenz und Planungssicherheit für die Entwicklung der Gemeinde benötigen.

Umwelt liegt uns allen am Herzen – und das soll auch im Haushalt abgebildet werden. Deshalb, so zu vermuten, haben die FW einen Antrag auf ein Zuschuss-Programm für Lastenfahrräder gestellt. Auch im HFS wurde nicht ganz klar, was die Zielrichtung sein soll. Wir stellen fest, dass das Programm zu klein ist, um wirklich Wirkung zu zeigen, dass die Anbieter von Lastenfahrrädern an ihre Liefergrenzen



SPD-Fraktion Alsbach-Hähnlein

stoßen, weil die Menschen ganz ohne Zuschuss selbst ihre Anschaffungen finanzieren und dass Menschen, die sich solche Räder leisten können, keinen Zuschuss brauchen. Im übrigen ist es deutlich preiswerter, sich einen Anhänger an das Rad zu hängen.

Aus anderem, aber dazu passenden Grund lehnen wir den Antrag der CDU zur Aufwertung des Blütenwegs ab. Die Vertreter der CDU konnten im HFS nicht wirklich erkennbar machen, was sie damit wollen. Und wie soll der GVO erkennen, welchen Auftrag er umsetzen soll? Soll der Weg parallel der Straße ertüchtigt werden? Dafür gibt es einen Posten Straßen- und Wegesanierung. Soll der Bereich neu bepflanzt werden? Auch 1.000 Bäume wollte die CDU erwerben, man kann sich vorstellen, dass einige dort einen Platz finden. Aber es gibt immer noch eine Haushaltsposition vom letzten Jahr, auf deren Umsetzung wir noch warten. Wirklich interessant wurde es, als vor allem der Bürgermeister im HFS diese Haushaltsanträge begründete. Für uns ein Etikettenschwindel. Wenn er Gestaltungsvorstellungen hat, dann soll er diese im Haushalt einplanen. Nicht über seine Heimfraktion kleine Haushaltspuffer bilden.

Zum Schluss ein Thema, das nicht nur den Haushaltsposten an sich wert ist. Die IUHAS haben 2.000 Euro für Veranstaltungen gegen Rechts beantragt. Gut so! Wir möchten diese Position verdoppeln. Schulen, Vereine, vielleicht auch die Ortsvereine aller Parteien in diesem Ort sollen die Möglichkeit bekommen, daran mitzuwirken, dass Demokratie erfahrbar und gestaltbar ist*. Da gibt es tolle Projekte, die wir umsetzen können. Denn wir alle sind aufgefordert, unsere Bemühungen um ein gutes Miteinander im Geist des Grundgesetzes und der internationalen Regeln zu verstärken, gegen Rassismus, Ausgrenzung, Menschenverachtung und Gewalt. So froh wir sind, dass es bei uns friedlich ist und selbst die allermeisten Facebook-Diskussionen im Rahmen bleiben, so sehr sorgen wir uns um die Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt.

Es ist schade, dass die Reden wieder nicht gehalten werden können. Aber ich danke für die Möglichkeit, sie zu den Sitzungsanlagen zu nehmen. Das sollten wir im Sinne insgesamt größerer Transparenz auch beibehalten, wenn wir wieder ohne Einschränkungen tagen können.

* vielleicht bedarf es dazu sogar eines eigenen Angebots für die Mitglieder der GVE.

Die SPD dankt Herrn Bickhardt für seine gute Beratung in der Vorbereitung auf die Sitzungen zur Haushaltsberatung.

Da die Wahlperiode nun endet, danken wir auch allen anderen Mitarbeitenden im Rathaus für die freundliche und unterstützende Arbeit. Wir hoffen, dass auch unsere Arbeit als unterstützend empfunden wurde. Wir sind uns dessen bewusst, dass unsere Gremien und unsere Ergebnisse auch Arbeit machen.

Schließen wollte ich meine Rede am 2.2. mit allen guten Wünschen in die Runde der Fraktionen, für einen fairen Wahlkampf und eine Wahlbeteiligung, die der Arbeit der neuen GVE auch eine gute Grundlage gibt. Aus gegebenem Anlass kann ich das nur umso stärker wünschen.

Anke Paul und die SPD-Fraktion.